

Stand: 06.04.2026 03:09:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16322

"Keine zusätzliche Belastung für bayerische und deutsche Steuerzahler durch den Brexit!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16322 vom 05.04.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 101 vom 06.04.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17464 des BU vom 31.05.2017
4. Beschluss des Plenums 17/17899 vom 19.07.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 19.07.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Keine zusätzliche Belastung für bayerische und deutsche Steuerzahler durch den Brexit!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der bisherige Beitrag der bayerischen und deutschen Steuerzahler zur Finanzierung der Europäischen Union ausreichend sein muss. Eine Erhöhung infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU im Rahmen der Verhandlungen über den neuen Finanzrahmen von 2021 bis 2027 wird abgelehnt.
2. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass Beitragsausfälle durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU durch folgende Maßnahmen kompensiert werden, um eine Mehrbelastung für die bayerischen und deutschen Steuerzahler zu umgehen:
 - a) Haushaltseinsparungen und die Konzentration auf europapolitische Schwerpunkte,
 - b) Beitragszahlungen des Vereinigten Königreichs im Gegenzug für einen künftigen Zugang zum europäischen Binnenmarkt.

Begründung:

Der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union darf zu keiner zusätzlichen Belastung für die bayerischen und deutschen Steuerzahler führen. Kürzlich kündigte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger jedoch höhere Beiträge für die verbleibenden 27 EU-Mitgliedstaaten an. Dabei soll nach seiner Vorstellung nur ein Teil der entstehenden Beitragslücke von über 11,5 Mrd. Euro durch Einsparungen erreicht werden. Den restlichen Betrag werden seiner Vorstellung nach die verbliebenen Mitgliedstaaten aufbringen müssen. Der Nettozahler Deutschland wird dabei nach Berechnungen der Bertelsmann Stiftung den größten Anteil von wohl bis zu 2,5 Mrd. Euro pro Jahr schultern müssen. Das ist ein völlig falsches Signal der EU-Kommission, dem die Staatsregierung auf Bundes- und Europaebene entgegenwirken muss. Es gilt, eine Mehrbelastung der bayerischen und deutschen Steuerzahler durch höhere Beitragszahlungen zu verhindern. Es gilt vielmehr, diese Gelegenheit für Einsparungen und eine grundlegende Reform des EU-Haushalts zu nutzen und sich dabei auf Schwerpunkte mit echtem europäischem Mehrwert zu verständigen. Ferner muss im Rahmen der Brexit-Verhandlungen darauf hingewirkt werden, dass das Vereinigte Königreich angemessene Beitragszahlungen leistet, wenn es weiterhin einen Zugang zum Binnenmarkt begehrt. Wenn beispielsweise das „norwegische Modell“ im Rahmen der EWR-Beitragszahlungen herangezogen werden würde, könnte bereits ein Großteil der ausfallenden Beitragszahlungen durch das Vereinigte Königreich selbst wieder ausgeglichen werden.

Sonst habe ich nur noch Regularien zu erfüllen. Abstimmungen finden jetzt keine mehr statt. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/16319 bis 17/16322, 17/16324 und 17/16325 sowie 17/16343 und 17/16344 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Nun gebe ich noch gemäß § 26 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung die Neubesetzung des Haushaltsausschusses bekannt: Herr Kollege Ludwig Hartmann übernimmt den freien Sitz der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen.

Dann gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Familienpolitischer Verantwortung endlich gerecht werden: 10-Punkte-Programm 'Familien stärken!'", Drucksache 17/16317, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 27, mit Nein haben gestimmt 91. Stimmenthaltungen gab es 15. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Nun unterbreche ich die Sitzung noch kurz, bis wir das Stimmergebnis haben, dann kann ich Sie in die Osterferien verabschieden. Wer es aber eilig hat, zum Zug zu kommen, der kann schon gehen.

(Unterbrechung von 17.38 bis 17.39 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf. Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwaner, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Dritter Nationalpark: Nicht weiter Streit in die Regionen tragen – mit Steuergeld sorgsam umgehen!", Drucksache 17/16318. Mit Ja haben gestimmt 10, mit Nein haben gestimmt 117. Stimmenthaltungen: 4. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Nun folgt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Ja zum dritten Nationalpark in Bayern!", Drucksache 17/16341. Mit Ja haben gestimmt 42, mit Nein haben gestimmt 85. Stimmenthaltungen: 3. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Damit schließe ich die Sitzung. Ich wünsche Ihnen schöne Osterfeiertage, und kommen Sie danach gesund und munter wieder.

(Schluss: 17.39 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/16322**

Keine zusätzliche Belastung für bayerische und deutsche Steuerzahler durch den Brexit!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Hans Jürgen Fahn**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 58. Sitzung am 9. Mai 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 157. Sitzung am 31. Mai 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: AblehnungAblehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/16322, 17/17464

Keine zusätzliche Belastung für bayerische und deutsche Steuerzahler durch den Brexit!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Dr. Franz Rieger

Abg. Georg Rosenthal

Abg. Christine Kamm

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt den **Tagesordnungspunkt 19** aufrufen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.

(Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Keine zusätzliche Belastung für bayerische und deutsche Steuerzahler durch den Brexit! (Drs. 17/16322)

Ich eröffne die Aussprache. Es wurden 24 Minuten Gesamtredezeit der Fraktionen vereinbart. Ich darf als Erstem Herrn Kollegen Dr. Fahn für die FREIEN WÄHLER das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Verhandlungen über den Brexit sind im Gange. Wohin soll die Reise führen? Wir in Bayern haben uns diesen Brexit nicht ausgesucht. Wir respektieren das Votum der Bürger in Großbritannien, sind aber der Auffassung, dass wir zumindest diskutieren sollten, ob wir die Zeche zahlen sollen. Immerhin geht es um 2,5 Milliarden Euro, die Deutschland mehr zahlen soll. Günther Oettinger hat einmal gesagt, es wird insgesamt eine Beitragslücke von 11,5 Milliarden oder sogar von 20 Milliarden Euro geben.

Da ist die Frage, was man tun kann, um diese Finanzierungslücke geringer zu machen oder insgesamt zu schließen. Deswegen, meine ich – das ist unser Antrag –, sollte die EU schauen, ob es andere Möglichkeiten zur Schließung von Finanzierungslücken gibt oder ob wir sofort von höheren Beiträgen zulasten der Bürger sprechen müssen.

Wir sind jetzt erst am Beginn der Austrittsverhandlungen. Sie sind noch nicht abgeschlossen. Da ist es durchaus möglich, dieses Thema nochmal zu bringen. Es geht uns darum, dass wir in Bayern uns frühzeitig dafür einsetzen, dass alle anderen Möglichkeiten zur Schließung der Finanzierungslücke ausgeschöpft werden. Das ist der Kern unseres Antrags. Wir haben schon im Ausschuss darüber diskutiert.

Wir finden, dieser Antrag ist nicht antieuropäisch, sondern realpolitisch, weil er die Frage thematisiert, was wir tun können, um diese Finanzierungslücke zu schließen. Das ist unser erster Punkt. Das heißt konkret, die EU sollte zunächst einmal mögliche Haushaltseinsparungen ausloten.

Einen ganz wichtigen Ansatz sehen wir auch in der Frage, ob wir die EU-Mittel an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedstaaten knüpfen sollten. Da gibt es verschiedene Länder in Europa, die damit große Probleme haben. Natürlich hoffen wir, dass es keine langfristigen Einsparungen gibt. Aber man soll es mal diskutieren.

Das Zweite, was für uns wichtig ist, ist das Modell Norwegen. Norwegen ist ein Land, das seine Aufnahme in die damalige EWG und auch in die EU stets verweigerte. Dort gab es auch Volksabstimmungen. Ein Land, das in Europa liegt, kommt kaum am Binnenmarkt vorbei. Das ist doch ein Trumpf. Die Norweger sind ein Teil davon und zahlen dafür entsprechende Gelder. Das ist nicht an die EU-Mitgliedschaft gekoppelt. Sollte dieses norwegische Modell in gleicher oder ähnlicher Form vielleicht auch für uns gelten und für Großbritannien angedacht werden? Dann wäre ein Großteil der Beitraglücke refinanziert. Immerhin zahlen die Norweger rund 388 Millionen Euro jährlich an die EU.

Uns ist wichtig und es ist der Kern des Antrags, dass man solche Möglichkeiten konkret prüft, bevor man sagt, wir zahlen insgesamt alles. Deswegen ist es wichtig, dass sich der Landtag hier frühzeitig positioniert; denn wenn der Brexit besiegelt ist und die Verhandlungen abgeschlossen sind, dann können wir nichts mehr machen. Wir wollen nicht von vornherein sagen, dass wir den bayerischen Steuerzahler für den Brexit abstrafen, sondern wir wollen verstärkt prüfen, wie das Vereinigte Königreich in die Pflicht genommen werden kann.

Das Argument der SPD, unser Antrag greife den Verhandlungen vor und sei deshalb nicht zulässig, verstehen wir nicht. Wir wollen Impulse für die Verhandlungen geben. Für diese Impulse ist wie auch bei anderen Dingen der Bayerische Landtag zuständig.

Für uns ist es eine realistische Forderung, die bayerischen Befürchtungen im Hinblick auf den Brexit aufzugreifen. Das liest man auch in vielen Zeitungen.

Damit bin ich schon am Schluss. Die Kernbotschaft unseres Antrags lautet: Es ist wichtig, vorab zu prüfen, ob und inwieweit die Beitragsausfälle der EU durch den Austritt Großbritanniens kompensiert werden können, bevor die deutschen und bayrischen Steuerzahler zur Kasse gebeten werden. Deswegen ist es für uns wichtig, dieses Thema heute nochmal zu diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion: Herr Dr. Rieger bitte. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ist wieder einmal ein perfektes Beispiel für den Satz "Gut gemeint ist nicht gut gemacht". Liebe FREIE WÄHLER, dieser Antrag zielt auf Effekthascherei, bringt aber für uns in Bayern nichts, überhaupt nichts. Ja, er schadet sogar eher. Ich erkläre Ihnen jetzt auch die Gründe dafür.

Die inhaltlichen Beratungen zum Brexit haben erst diesen Montag begonnen. Bis heute ist in wichtigen Fragen völlig unklar, welche Positionen die britische Regierung im Detail vertritt. Stattdessen herrscht auf der Insel politische Unsicherheit, und die Regierung scheint in der Brexit-Frage total gespalten zu sein. In dieser Situation wollen Sie mit einem solchen Antrag einen Schuss ins Blaue abfeuern – so nach dem Motto: Hauptsache reagiert. Das mag aus dem ersten Impuls heraus menschlich verständlich sein, aber politisch gesehen, meine Damen und Herren, ist das, auf Bayerisch gesagt, ein Schmarrn, und deshalb ist der Antrag abzulehnen.

Die CSU hat sich des Themas Brexit sowieso schon lange angenommen. Unser Antrag dazu ist vorletzte Woche in diesem Hause beschlossen worden – aber mit einem

gewaltigen Unterschied: Wir wollen zunächst die Fakten klären. Wir wollen von der Staatsregierung wissen, wie der Ablauf ist und welche Auswirkungen der Brexit konkret haben könnte, um dann das politisch Notwendige gerade auch für die Menschen in Bayern veranlassen zu können. Wir wollen, dass die Verhandlungen zügig geführt und die Interessen Bayerns in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht angemessen berücksichtigt werden. Wir wollen, dass möglichst bald Klarheit über das künftige Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien herrscht. Und, meine Damen und Herren, wir wollen zügige Verhandlungen; denn Großbritannien ist für Bayern der zweitgrößte Exportmarkt mit knapp 9 % der bayerischen Gesamtausfuhren. Außerdem gibt es 460 bayerische Firmen jenseits des Ärmelkanals. Insbesondere darf deshalb unserer heimischen Wirtschaft kein Nachteil durch den Brexit entstehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER lehnen wir aus folgenden Gründen ab:

Erstens. Die Forderung, durch den Brexit dürften keine Mehrbelastungen für Bayern und Deutschland entstehen, ist grundsätzlich richtig, greift aber zu kurz – ebenso wie die Forderung nach Haushaltseinsparungen; denn all das darf nicht dazu führen, dass sich die Rückflüsse von EU-Geldern zu uns zum Beispiel im Bereich der Agrarwirtschaft oder der Förderung strukturschwacher Räume verringern.

(Hans Herold (CSU): Genau!)

Dies wird von den FREIEN WÄHLERN überhaupt nicht berücksichtigt.

Zweitens. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag auch deshalb ab, weil die EU der 27 Staaten geschlossen auftreten und mit einer einzigen Stimme sprechen muss. Ein zielloses Vorpreschen, wie die FREIEN WÄHLER es hier beantragen, bevor wir überhaupt wissen, worum es genau geht, ist schädlich.

Aber vor allem, meine Damen und Herren, lehnen wir den Dringlichkeitsantrag aus folgendem Grund ab: Es kann nicht sein, dass die EU den Zugang zum Binnenmarkt

verscherbelt – und genau das fordern Sie mit Ihrem Dringlichkeitsantrag. Nach Ihrem Willen soll sich Großbritannien den Zugang zum europäischen Binnenmarkt erkaufen können. Das ist politisch mehr als dilettantisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, eigentlich geht es doch um viel größere Ziele: Wir müssen das britische Referendum als Warnschuss und Chance zugleich sehen. Europa muss sich auf seine Kernkompetenzen konzentrieren. Wir werden das Vertrauen und die Zustimmung der Menschen nur verbessern können, wenn wir bei den wesentlichen Fragen Lösungen anbieten. Das sind vor allem die Sorgen der Menschen um die Währungsstabilität, die Sorgen der Menschen um die innere Sicherheit, die Sorgen der Menschen vor den Folgen der Zuwanderung, insbesondere einem Scheitern der Integration, wie wir es in Frankreich und Belgien täglich erleben, und die Sorgen der Menschen um das wirtschaftliche Gleichgewicht in Europa. Das sind die großen Themen der Gegenwart, und das gilt gerade auch für die Menschen in Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Inge Aures (SPD): Magerer Applaus!)

Die entscheidenden Fragen werden daher sein: Wie hat eine Neugestaltung Europas auszusehen? Was soll sie zum Ziel haben? – Eines ist dabei sicher: Wir brauchen ein besseres Europa. Auch die EU hat das erkannt. Sie hat daher im März ein Weißbuch zur Zukunft Europas mit fünf Szenarien vorgestellt. Wir als Landesparlament wollen diesen Prozess mitgestalten. Daher haben wir im Europaausschuss einstimmig beschlossen, Ende Oktober eine Anhörung zum Weißbuch durchzuführen. Auf unseren Vorschlag wird unter anderen der Präsident des Ifo-Instituts als Experte teilnehmen.

(Herbert Woerlein (SPD): Junge Deutsche, die in Großbritannien studieren, wären die besten Experten für Europas Zukunft!)

Ich bin mir sicher, dass wir dabei interessante Informationen über die finanziellen Auswirkungen und die Folgen des Brexit gewinnen. Wir als CSU werden die Austrittsver-

handlungen Großbritanniens, aber auch die Weiterentwicklung der Europäischen Union genauestens verfolgen. Wir werden stets darauf achten, dass bayerische Interessen gewahrt werden. Dabei geht es nicht um billigen Populismus, der mehr schadet als nützt, sondern es geht dabei um das beste Ergebnis für die Menschen in Bayern. Wir brauchen ein Europa, das die Bürger akzeptieren und mit dem sie zufrieden sind. Das ist der richtige Ansatz. Ihr Dringlichkeitsantrag erfüllt das nicht, und deshalb lehnen wir ihn ab. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion: Herr Kollege Rosenthal bitte.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um einen Dringlichkeitsantrag, der auch schon im Ausschuss diskutiert worden ist. Er möchte die doch umfangreiche Debatte Europas sehr verkürzt behandeln: Sie fordern keine zusätzliche Belastung für bayerische und deutsche Steuerzahler durch den Brexit. Anhand der Begründungen sieht man, dass sehr viel Effekthascherei im Spiel ist, obwohl es eigentlich um ein Thema geht, mit dem wir uns alle noch intensiv befassen müssen und das uns politisch beschäftigt hat. Die Ausgangslage ist klar: Europa ist auf dem Altar der konservativen Partei Großbritanniens geopfert worden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Sowohl der frühere Prime Minister Cameron als auch die jetzige Prime Minister Theresa May haben im Prinzip versucht, ihre innerparteilichen Konflikte und ihre Flügelkämpfe auf dem Rücken der Britinnen und Briten und auf dem Rücken Europas auszutragen. Das bleibt ein verhängnisvoller politischer Irrtum mit gravierenden Folgen

(Beifall bei der SPD)

für die Menschen in Großbritannien, mit gravierenden Folgen für viele Menschen in Europa und mit gravierenden Folgen für die Europäische Union.

Auch wenn wir jetzt in die Verhandlungen über die Trennung dieser langjährigen, jahrzehntelangen Gemeinschaft eintreten, bleibt Großbritannien ein Teil Europas. Alleine das wird in diesem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER verkannt. Großbritannien bleibt eingewoben in die europäische Wirtschaft und bleibt auch ein Teil der Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Bayern. All das gilt es zu berücksichtigen. Außerdem gilt es zu berücksichtigen, dass große Konflikte, die ein Stück weit befriedet worden sind – ich erinnere nur an Nordirland und die Republik Irland –, durch diese Verhandlungen nicht wieder so intensiv geführt werden, wie sie das Land im Prinzip jahrzehntelang als Terror, der viele Opfer gefordert hat, geplagt haben.

Wenn man sich den Brexit-Minister David Davis anhört, weiß man, dass sich, nach meinem Kenntnisstand eigentlich zum ersten Mal in der Geschichte, die britische Regierung nicht auf dem Höhepunkt ihrer diplomatischen Fähigkeiten befindet.

(Beifall bei der SPD)

Es ist zwar wahrlich nicht britisch, aber man könnte sagen: Prime Minister Theresa May "eiert rum". Nach Ansicht vieler Abgeordneter der Conservatives ist sie schon als Auslaufmodell gebrandmarkt. All das kann uns nicht zufriedenstellen, und all das sollte uns mit Sorge erfüllen, weil eine Regierung, die mit dem Rücken zur Wand steht, nicht klar bei Verstand und in der Analyse nicht auf dem Höhepunkt dessen ist, was wir benötigen.

Es geht um die Rechte der EU-Bürger, um vielfältige Vertragsbeziehungen und um die Britinnen und Briten, die auch Rechte auf dem Kontinent haben. Es geht um eine kulturelle Identität, die hier an dieser Stelle aus kurzfristigen und kurzsichtigen Erwägungen geopfert werden soll. All das spiegelt dieser Dringlichkeitsantrag in keiner Art und Weise wider.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Fahn sagt, es sei realpolitisch. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, was er mit Realpolitik an dieser Stelle meint. Ich finde, Effekthascherei wäre der treffendere Begriff.

Natürlich müssen wir Gesicht zeigen und in den Verhandlungen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas vertreten. Wir sollten aber auch nicht aus dem Blick verlieren, dass es ebenso um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien geht. Nach all den Diskussionen zeigt sich, dass die Kampagnenlügen die Regierung in Großbritannien schneller einholen, als sie sich das wohl erträumt hat. Lügen gab es, als die Stimmen noch nicht ausgezählt waren. Da hat der Außenminister schon gesagt: Na ja, so ganz stimmt das mit den Einsparungen nicht. 350 Millionen Euro gesparte Mitgliedsbeiträge wöchentlich – das war ein bisschen eine falsche Darstellung.

All das sollte uns in Verantwortung für Europa und in Verantwortung für die kulturelle Identität Europas mit Sorge erfüllen. Wir sollten faire Verhandlungen führen; denn man sieht sich immer zwei Mal im Leben, und faire Verhandlungen sind dringend erforderlich, damit es eine Perspektive für Großbritannien und eine Perspektive für Europa gibt, in der Tat ein Puls von Europa. Meine Fraktion stimmt deshalb diesem Dringlichkeitsantrag nicht zu. Wir lehnen diese Art der Effekthascherei ab. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Kollegin Kamm. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER! Sie wurden im Europaausschuss gebeten, diesen Antrag zurückzuziehen. Möglicherweise haben Sie das noch nicht getan, weil Sie wohl gehofft haben, nach dem Motto

"Bayerns Interessen first" am trüben rechten Rand einige Stimmen fangen zu können. Das wird aber nicht klappen, meine Kolleginnen und Kollegen. Die Bürgerinnen und Bürger haben nach der fatalen Brexit-Entscheidung Großbritanniens erkannt, dass Europa nur gemeinsam funktioniert und nur dann, wenn wir zusammenhalten. Auch die wirtschaftliche Situation Bayerns, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, hängt existenziell davon ab, wie gut wir mit unseren Nachbarländern in Europa zusammenarbeiten und wie gut wir weiterhin mit Großbritannien zusammenarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Brexit-Entscheidung ist eine große Herausforderung für Europa, die nur ganzheitlich betrachtet und angegangen werden kann. Es muss darum gehen, dass für die nicht wenigen Menschen, die aus Deutschland und aus Europa stammen und in Großbritannien arbeiten, eine Lösung gefunden wird. Es muss darum gehen, dass auch für die Menschen aus Großbritannien, die irgendwo auf dem Kontinent arbeiten und hier vielleicht sogar schon länger eine Heimat gefunden haben, eine gute Lösung gefunden wird, wie es für sie persönlich weitergehen kann.

Weiter muss es darum gehen, wie es mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Großbritannien weitergehen kann. Vermutlich wissen Sie, dass deutsche und britische Unternehmen in ihren Beziehungen eng verflochten sind. Darüber hinaus haben wir eine Vielzahl weiterer gemeinsamer Interessen, die es zu lösen und anzugehen gilt. Diese sind weitaus gravierender und wirken sich weitaus mehr aus, als die möglichen fiskalischen Risiken, die Sie angedeutet haben.

Wir hatten diese Woche im Bayerischen Landtag Gäste aus dem schottischen Parlament zu Besuch, die berichtet haben, wie sehr sie die Probleme durch den Brexit belasten und wie sehr das seit einem Jahr ihre gesamte Sacharbeit lähmt. Ich denke, wir sollten uns um die Überwindung dieser Probleme kümmern und keine Details oder kleine Befürchtungen herauspicken, um hier auf Stimmenfang zu gehen. Wir halten es

für verantwortungslos, das Thema so anzugehen. Ich meine, die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass wir die Probleme zusammen besser lösen können als durch Rosinenpickerei und Populismus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Dr. Merk um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Fahn, ich sehe die Besorgnis, die hinter diesem Antrag steht. Ich möchte Ihnen ganz klar sagen: Natürlich kämpfen wir und kämpfe auch ich ganz persönlich in allen Verhandlungen und in allen Gesprächen für die Interessen Bayerns und für die Interessen unserer Steuerzahler.

Herr Rosenthal, das Wort "Effekthascherei" geht Ihnen ja sehr gut über die Lippen. Ich glaube, dies hat gezeigt, dass Sie sich mit diesem Thema gut auskennen.

Ich möchte sagen: Brexit heißt nicht, dass Europa geopfert wurde. Ich meine, wir müssen eine Entscheidung, die die Wählerinnen und Wähler, egal auf welcher Grundlage, getroffen haben, respektieren. Es bringt nichts, nachzutreten; es bringt nichts, diese Dinge auszuschlachten; es bringt nichts, Politiker zu beleidigen. Wir müssen mit diesem Thema umgehen.

(Beifall bei der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es stimmt: Europa muss, wenn denn der Brexit kommt, mit weniger Mitteln mehr Herausforderungen finanzieren. Die deutschen Nettobeiträge könnten steigen. Dieses Risiko gibt es; das ist sehr offensichtlich. Deshalb müssen wir von Anfang an für die Interessen unserer Steuerzahler kämpfen.

Dennoch bin ich der Meinung: Der Antrag wurde in den Ausschüssen zu Recht abgelehnt; denn er greift zu kurz. Wir wollen zum jetzigen Zeitpunkt eben gerade keine Vorfestlegung, wie man eine durch den Brexit entstehende Haushaltslücke schließen kann. Da stimme ich mit dem Kollegen Rieger voll und ganz überein.

Sie sprechen von Einsparungen. Dies hat durchaus seine Berechtigung. Sehen wir uns doch an, wie der europäische Haushalt aufgestellt ist. Für Bayern steht bei diesem Thema sehr, sehr viel auf dem Spiel, und zwar in jeder Hinsicht. So sind zum Beispiel die EU-Fördermittel, die angesprochen worden sind und die Bayern bekommt, immens. 2014 bis 2020 fließen nach Bayern allein 2,5 Milliarden Euro EU-Strukturfördermittel. Ich kann Ihnen sagen: Diese brauchen wir; diese wollen wir weiter haben. Für deren Verbleib oder mehr über 2020 hinaus setzt sich die Staatsregierung in den laufenden Verhandlungen mit aller Kraft ein. Zuletzt habe ich das auf dem großen Forum zur Kohäsionspolitik Ende Juni in Brüssel getan.

Natürlich sind wir – da spreche ich unsere Agrarpolitiker ganz besonders an – bei der künftigen Ausgestaltung der EU-Agrarförderung ganz besonders berührt und herausgefordert. Das sind die beiden großen Batzen dieses Haushalts. Beides macht ungefähr ein Drittel des Haushalts aus. Kommissionsvizepräsident Günther Oettinger sieht sich bei der Gestaltung dieses künftigen EU-Haushalts Anforderungen gegenüber, die schon fast der Quadratur des Kreises gleichen: notwendige Einsparungen mit Schwerpunkten von Zukunftsthemen wie Digitalisierung oder auch den Sicherheitsthemen zu verbinden und zugleich wichtige Förderprogramme kraftvoll weiterzuführen. Ich bin überzeugt, dass es noch jede Menge Diskussionen geben wird. Der Dialog über den EU-Finanzrahmen ab dem Jahr 2021 wird uns in den nächsten Monaten massiv und intensiv beschäftigen.

Also: Wir wollen mögliche Gesamtpakete bei der Einigung nicht von vornherein gefährden. Europapolitische Anträge im Landtag müssen immer das Gesamtgefüge unserer bayerischen Interessen im Blick haben. Wir dürfen vor allen Dingen nicht vor-

schnell angeblich einfache Forderungen aufstellen. Für solche populistischen Impulse ist die Staatsregierung nicht zu haben.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, vorgestern habe ich in London hochrangige Gespräche zum Thema Brexit geführt. Ich habe für unsere Position bei den Staatsministern Sir Duncan und Walker und bei dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Unterhauses, Thomas Tugendhat, geworben. Auch da hat sich deutlich gezeigt: Die Dinge sind im Fluss.

Zum Stand heute steht noch gar nichts fest, auch nicht das Ob des Brexit. Wenn es ihn aber gibt, dann heißt dies, dass es bei den Brexit-Verhandlungen um viel mehr geht als nur um den Haushalt, dass es um viel mehr geht als nur um Wirtschaftsbeziehungen.

Wir brauchen Großbritannien. Ich glaube, das war etwas, was alle Parteien hier doch einmütig festgestellt haben. Es liegt in unserem Interesse, dass wir mit Großbritannien auch nach einem Brexit intensive Verbindungen pflegen. Wir brauchen Großbritannien als starke Wirtschaftskraft; wir brauchen Großbritannien als Partner für marktwirtschaftliche Politik und als Anwalt für solide Finanzen. Es geht um die zukünftige Zusammenarbeit bei der inneren Sicherheit – selbstverständlich! –, bei Steuerverfahren, in der Bildung und Forschung und vor allen Dingen auch bei Wissenschaftskooperationen.

Großbritannien ist unser wichtigster Exportpartner in Europa. 2016 haben wir Güter im Wert von rund 15 Milliarden Euro in das Vereinigte Königreich exportiert, und weltweit steht Großbritannien noch vor Österreich und Frankreich auf Platz drei. Bayern importierte Güter im Wert von 5,6 Milliarden Euro.

Wir werden nicht profitieren, wenn die Briten verlieren. Wir verlieren mit ihnen. Was BMW, Siemens oder Airbus verlieren, das können Umorientierungen auf dem Finanz-

markt niemals ausgleichen. Wenn der Brexit schließlich eintritt, hat Bayern ein großes Interesse an einer nahtlosen Anschlussregelung, die allen Beteiligten gerecht wird.

Klar ist: Die EU muss in den anstehenden Verhandlungen selbstbewusst ihre Interessen wahren. Wir müssen unsere bayerischen Interessen deutlich vertreten. Ich kann Ihnen sagen: Wir werden das auch tun. Wenn es so kommt, streben wir ein Handelsabkommen an, das möglichst nahe am Status quo ist, aber unberechtigte Sonderregelungen vermeidet. Wir wollen zum Wohl der Menschen in Bayern und in Europa und eben auch in Großbritannien Chancen erhalten und Schaden möglichst vermeiden.

Ein ungeordneter Brexit würde allen massiv schaden. Um dieses Risiko zu mindern, zu minimieren – dieses Risiko ist zwar gering, aber es existiert eben doch –, müssen wir daher sehr besonnen vorgehen und dürfen nicht Öl ins Feuer gießen, sondern müssen mit der Stimme der Vernunft sprechen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Für dieses gemeinsame Ziel brauchen wir ein durchdachtes Gesamtpaket. Ich danke dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, dem Europaausschuss, ganz besonders dafür, dass er eine Anhörung durchführt; denn genau das ist der richtige Weg. Wir werden auch Michel Barnier beim Wort nehmen, der uns zugesagt hat, den Landtag über die Verhandlungen zu informieren. Das heißt: Wir brauchen Klarheit und keine Schnellschüsse. Vielen Dank dafür.

Alles ist im Fluss, meine sehr geehrten Kollegen. Deswegen noch einmal: Für uns gilt: Wir haben das Ganze im Blick. Wir bleiben mit Großbritannien in engem Kontakt, und wir sind in der EU stark vertreten. Wir arbeiten für die bayerischen Interessen. Deshalb ist aus heutiger Sicht

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– meine Stimme kann gleich nicht mehr – der vorliegende Antrag nicht hilfreich und vor allen Dingen den bayerischen Interessen nicht dienlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte um Verständnis: Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag ab.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU, SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich darf jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Vogelgrippe und die Auswirkungen auf die Rassegeflügelzüchter" auf Drucksache 17/16336 bekannt geben: Mit Ja haben 63 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 76. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Ich weise darauf hin, dass die Fraktionen übereingekommen sind, zu Tagesordnungspunkt 20 keine Aussprache stattfinden zu lassen. Das heißt, dass dann gleich wieder abgestimmt wird. Ich erlaube mir, dies dem Hause vorzeitig bekannt zu geben.

Nun komme ich zu Tagesordnungspunkt 18 zurück. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde von der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 18. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/16179. Ich bitte, jetzt die Stimmkarten einzuwerfen. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.31 bis 18.36 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen aus-zuzählen.

(Unruhe)

– Ich darf darum bitten, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fort-fahren können. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Sitzung wieder aufnehmen.